



+++ Aufruf zur Bewerbung +++

Deutscher Bürgerpreis

Die Flüchtlingsbewegung hat so viele Menschen zu freiwilligem Engagement bewegt, wie kaum ein anderes Ereignis in der jüngeren deutschen Geschichte.

Der Deutsche Bürgerpreis fördert und würdigt bürgerschaftliches Engagement, er ist der größte Ehrenamtspreis. Das aktuelle Jahresthema lautet: „Deutschland 2016 – Integration gemeinsam leben“.

Ich möchte Sie aufrufen und ermutigen, sich am Deutschen Bürgerpreis-Auswahlverfahren zu beteiligen und engagierte Menschen vorzuschlagen. Wie das geht, steht hier: <https://www.deutscher-buergerpreis.de/bewerben/>

Für Fragen steht außerdem das Projektbüro Deutscher Bürgerpreis unter 030-288 78 90 31 oder info@deutscher-buergerpreis.de zur Verfügung!

Brief aus Berlin



www.brigitte-zypries.de



direkt gewählt - direkt erreichbar

26. April 2016

Liebe Leserin, lieber Leser,

heute vor 30 Jahren explodierte der Reaktor des Kernkraftwerks von Tschernobyl. Wahrscheinlich erinnern sich die meisten von Ihnen auch noch daran, wie das Ausmaß der Katastrophe langsam bekannt wurde – es ist eines jener Ereignisse, das man nie wieder vergisst. Bis heute leiden die Menschen in der Ukraine und im benachbarten Weißrussland unter den Folgen. Was für uns zu einem Ereignis der Zeitgeschichte geworden ist, ist für sehr viele Menschen noch heute furchtbar aktuell. Am Freitagmorgen ist dieses Thema der erste Punkt auf der Tagesordnung der Plenarsitzung und wir diskutieren über verantwortungsbewussten Umgang mit den Risiken der Atomkraft – und auch über die Unterstützung für diejenigen Menschen, die von den Reaktorkatastrophen in Tschernobyl und Fukushima direkt betroffen sind.

Es wird diese Woche im Bundestag zwei **Aktuelle Stunden** geben: Eine zur **Rentenpolitik** und eine weitere zum Thema **Pressefreiheit in der Türkei**. Die Bundesregierung hat am 15. April die Ermächtigung zur Strafverfolgung im Falle der sogenannten Schmähkritik des Satirikers Jan Böhmermann an dem türkischen Präsidenten Erdogan erteilt. In den Beratungen von Kanzleramt, Innenministerium, Auswärtigem Amt und Justizministerium haben Frank-Walter Steinmeier und Heiko Maas dagegen gestimmt. Die SPD-Fraktion hat bereits einen Gesetzentwurf erarbeitet, mit dem der nicht mehr zeitgemäße **Straftatbestand der Majestätsbeleidigung** schnell abgeschafft werden soll.

Ich bin heute den ganzen Tag über auf der **Hannover-Messe**, bevor ich mich in die Berliner Sitzungswoche begeben. Berlin ist übrigens sehr hessisch diese Woche! Zu Gast sind zwei junge Leute aus dem Wahlkreis: Elias Ettenkofer aus Darmstadt hat sich als Teilnehmer für den **Jugendmedienworkshop** des Bundestages unter vielen Bewerbern durchgesetzt und Fiona Jäger aus Weiterstadt besucht mich und die SPD-Fraktion zum „**Girls' Day**“ am Donnerstag. Doch damit nicht genug – am Mittwochabend ist „**Apfelweinanstich**“ in der Hessischen Landesvertretung. Die alljährliche Gelegenheit, dem Äppler auch in Berlin den Ruhm zu verschaffen, den er verdient hat! Ich wünsche Euch und Ihnen eine schöne Woche!

Euse / Ihre Brigitta Zypries



+++ TIPP +++

**Parlamentsfernsehen
in Gebärdensprache mit Untertiteln**

Wussten Sie schon:

Das Parlamentsfernsehen des Deutschen Bundestages sendet donnerstags in Plenarsitzungswochen die Kernzeitdebatten ab 9 Uhr mit **Live-Dolmetschung in Gebärdensprache und untertitelt für Gehörlose und Hörschädigte.**

Auf dieser Seite kann die Übertragung live verfolgt werden: <http://www.bundestag.de/gebaerdensprache/>

Die Debatten stehen dann am Folgetag als Video on Demand in der Mediathek zur Verfügung!

Und hier gibt es **Informationen zur Arbeit des Bundestages in „Leichter Sprache“** - für Menschen mit Lernbehinderungen oder Menschen, die (noch) nicht so gut Deutsch können. Eine super Idee, finde ich!

http://www.bundestag.de/leichte_sprache/

Tschernobyl und Fukushima – zwei Katastrophen mit verheerenden Folgen bis heute

Heute vor genau 30 Jahren, am 26. April 1986, ereignete sich die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl. Damals wurde durch die Freisetzung von Radioaktivität eine Fläche von 200.000 Quadratkilometern in ganz Europa kontaminiert. Am schlimmsten in Weißrussland, der Ukraine und in Russland. Dort lebten zum Zeitpunkt des Unfalls **2,7 Millionen Menschen. Mehr als 300.000 von ihnen verloren ihre Heimat.** Wie viele Tote die Tschernobyl-Katastrophe bedeutet hat, kann man immer noch nicht sicher sagen: Radioaktive Strahlung verursacht Langzeitschäden, die erst nach und nach auftreten. **Umweltorganisationen und unabhängige Experten gehen von bis zu 100.000 Todesopfern aus.**

An einem Tag wie heute sollten wir uns also wieder einmal in Erinnerung rufen, dass die Katastrophe nicht vorbei ist – jedenfalls nicht überall und nicht für alle. Uns begegnet der Gedanke an den Reaktorunfall vielleicht noch gelegentlich beim Betrachten einer Packung Pfifferlinge aus Weißrussland, wenn man sich fragt: Kann man die eigentlich wieder...? Aber sonst ist dieser entsetzliche Unfall, der auf der internationalen Bewertungsskala mit 7 die höchste Stufe erreicht hat, aus unserem Alltag weitgehend verschwunden. Nicht so für die Menschen, die in der Region gelebt haben und ihre Nachkommen, die bis heute mit den gesundheitlichen, psychischen und finanziellen Folgen zu kämpfen haben.

Es hat nach Tschernobyl noch 25 Jahre gedauert, bis im Juni 2011 der Deutsche Bundestag mit großer Mehrheit den endgültigen Abschied unseres Landes von der Atomkraft beschlossen hat. Dazu brauchte es einen weiteren „Stufe-7“-Unfall, die Reaktorkatastrophe von Fukushima vor 5 Jahren, bei der 185.000 Menschen ihre Heimat verlassen musste. Auch nach fünf Jahren ist es nicht gelungen, die Freisetzung von Radioaktivität in die Umwelt zu stoppen, weiterhin gelangt verseuchtes Wasser ins Meer. Wo das Leck ist, weiß man nicht, und man weiß auch nicht, wie es im Inneren der Reaktoren aussieht.

Deutschland hat nach der Katastrophe von Fukushima die historische Chance wahrgenommen, den Kurs auf ein modernes, nachhaltiges Energiesystem wieder aufzunehmen und den jahrzehntelangen Konflikt um die Atomenergie zu beenden. Auch das Atomkraftwerk Biblis in Südhessen ist 2011 heruntergefahren worden. Es wird auch nicht wieder ans Netz gehen. Trotzdem, **die Arbeit ist mit dem Ausschalten nicht getan, Stilllegung, Rückbau und Lösungssuche für die Endlagerung werden viele Jahre dauern.** Bisher hat kein Land so konsequent auf Fukushima reagiert wie Deutschland. Und auch technisch gesehen sind wir Vorreiter für den Ausstieg aus der Atomkraft. Ich hoffe, dass sich dieses Wissen zu einem Exportschlager entwickelt – denn machen wir uns nichts vor: **Eine nationale Lösung gibt es bei dem Thema nicht! Allein in China befinden sich über 20 neue Reaktoren im Bau.**



Ein Wort zum Brief aus Berlin

Der Brief aus Berlin ist eine Information für die Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis.

Ich möchte meine Arbeit in Berlin so transparent und bürgernah wie möglich gestalten. Sie können mir dabei helfen, indem Sie mir Ihre Wünsche und Verbesserungsvorschläge mitteilen und den Brief aus Berlin an Freunde und Bekannte weitergeben.

Sie können diesen Newsletter abonnieren: Entweder einfach auf meiner Website oder Sie schreiben eine E-Mail mit dem Betreff *Brief aus Berlin* an brigitte.zypries@bundestag.de.

*V.i.S.d.P.: Brigitte Zypries, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin*

*Bilder:
Daniel Becker, Lina Kramer*

Besserer Schutz der sexuellen Selbstbestimmung – das Sexualstrafrecht soll verändert werden

Am Donnerstagvormittag wird ein Gesetzentwurf in den Bundestag eingebracht, mit dem wir Frauen (aber auch Männer) besser vor sexuellen Übergriffen schützen wollen.

Die sexuelle Selbstbestimmung ist ein besonders hohes Gut. Sie ist Ausdruck des allgemeinen Persönlichkeitsrechts, das vom Grundgesetz geschützt ist. **Sexuelle Nötigung und Vergewaltigung sind gemäß § 177 des Strafgesetzbuches strafbar.** 1997 wurde der Artikel weitreichend verändert, vorher gab es strafrechtlich betrachtet zum Beispiel keine Vergewaltigung von Männern und auch innerhalb der Ehe gab es den Tatbestand der Vergewaltigung nicht. Diese Beschränkungen wurden damals aufgehoben.

Allerdings gibt es weiterhin Lücken in unserem Strafrecht. Der geltende Paragraph sieht eine Strafe für Vergewaltigung oder sexuelle Nötigung nur dann vor, wenn der Täter sein Opfer nötigt, also den Willen des Opfers mit Gewalt beugt. **Daher bleiben immer wieder Handlungen straffrei, obwohl sie die sexuelle Selbstbestimmung des Opfers verletzen.** Zum Beispiel, wenn das Opfer die sexuelle Handlung über sich ergehen lässt, weil es etwas anderes als körperliche Gewalt fürchtet: etwa eine Kündigung des Arbeitsplatzes. Oder der Täter hat allgemein ein Klima der Gewalt geschaffen, und das Opfer steht unter dem Eindruck stetiger Gefahr und traut sich nicht, sich zu wehren. Noch ein Fall: Der Übergriff kommt für das Opfer so überraschend, dass es gar keinen Widerstand leisten kann.

Das Justizministerium hat den Entwurf bereits im letzten Jahr erarbeitet. Allerdings hat die Union den Gesetzentwurf über mehrere Monate blockiert. Die Ereignisse in der Kölner Silvesternacht haben dann auch den letzten Zweiflern noch einmal deutlich gemacht, wie wichtig der Schutz der sexuellen Selbstbestimmung ist.

Sexuelle Übergriffe gibt es überall, zu Hause, am Arbeitsplatz und auf der Straße. Das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung gilt aber auch überall. Deshalb müssen wir es auch überall bestmöglich schützen!

In unserer Fraktion gibt es übrigens auch viel Unterstützung für die sogenannte „Nein-heißt-Nein“-Lösung, nach der es genügen soll, dass das Opfer seinen entgegenstehenden Willen erkennbar zum Ausdruck gebracht hat. Das lehnt die Union strikt ab. Es war schon nicht ganz einfach, sie bei der vorliegenden Fassung des Entwurfs zur Zustimmung zu bewegen. Wir wollen diesen Ansatz aber trotzdem im Gesetzgebungsverfahren weiter beraten.